

Kramer, Heinz; Hein, Kirstin

Research Report

Ein neuer Präsident in Nordzypern: Das Ende einer Ära, keine Lösung in Sicht

SWP-Aktuell, No. 17/2005

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,
Berlin

Suggested Citation: Kramer, Heinz; Hein, Kirstin (2005) : Ein neuer Präsident in Nordzypern: Das Ende einer Ära, keine Lösung in Sicht, SWP-Aktuell, No. 17/2005, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254544>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein neuer Präsident in Nordzypern

Das Ende einer Ära, keine Lösung in Sicht

Heinz Kramer / Kirstin Hein

Mit der Wahl vom 17. April 2005 endete in Nordzypern die Ära des langjährigen Präsidenten Rauf Denktaş. Nach fast 30 Jahren im höchsten Amt der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) wird der entschiedene Gegner einer Wiedervereinigung der beiden Inselteile vom bisherigen Premierminister Mehmet Ali Talat abgelöst. Ist der Aufstieg Talats vom Regierungschef zum Volksgruppenführer Anlaß zu neuer Hoffnung auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Insel? Die rigide Haltung des zyperngriechischen Präsidenten Tassos Papadopoulos spricht dagegen. Der Führungswechsel im Norden bringt kein Ende der Hängepartie in der Zypernfrage. Das Hindernis Zypernkonflikt wird daher vorerst nicht vom türkischen Weg in die EU verschwinden.

Mit einer Mehrheit von 55,6 Prozent der Stimmen wurde der Befürworter einer Wiedervereinigung Zyperns, Mehmet Ali Talat, am 17. April im ersten Wahlgang zum Präsidenten Nordzyperns gewählt. Sein Hauptkonkurrent, der Gegner des Annan-Plans Derviş Eroğlu von der Nationalen Einheitspartei (UBP), konnte nur knapp 23 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Der seit fast drei Jahrzehnten amtierende Rauf Denktaş hatte sich nicht mehr zur Wahl gestellt.

Als künftiger Präsident möchte Talat von der »Zwei-Staaten«-Theorie abrücken, die sein Vorgänger zum Ausgangspunkt jeder Lösung des Zypernproblems erklärt hatte, und einen neuen Anlauf zu Verhandlungen mit dem Süden der Insel nehmen. Das deutliche Votum für Talat zeigte erneut, daß die Zyperntürken den seit 1964 im östlichen

Mittelmeer schwelenden Konflikt beenden wollen.

Mehmet Ali Talats Aufstieg

Dieser Wunsch der Bevölkerung kam seit dem Sommer 2003 immer wieder zum Ausdruck, als erstmals eine größere Zahl der Zyperntürken gegen Denktaş und seine Politik protestierten, die einem Ausgleich mit den Zyperngriechen im Wege stand. Mehmet Ali Talat wurde zum Sprachrohr dieses Protests und zum Hoffnungsträger für eine alternative Politik.

Durch den Sieg seiner linksgerichteten und pro-europäischen Partei CTP, der Republikanisch-Türkischen Partei, bei den Parlamentswahlen am 14. Dezember 2003 konnte Talat den UBP-Vorsitzenden Eroğlu im Amt des Premierministers ablösen. Zum

ersten Mal in der Geschichte des Konflikts waren damit die Gefolgsparteien von Präsident Rauf Denktaş in die Minderheit gedrängt worden. Allerdings war Talat durch die mit den Wahlen entstandene Patt-situation im Parlament gezwungen, mit der Demokratischen Partei (DP) des Präsidenten Sohnes Serdar Denktaş eine Koalition einzugehen, die über eine äußerst knappe Mehrheit von 26 zu 24 Sitzen verfügte. Im Ausland stieß der Sieg Talats auf positive Reaktionen. Die EU und auch die USA hatten die zyperntürkische Opposition entschieden unterstützt, da sie mit deren Wahlsieg bessere Aussichten auf eine Konfliktlösung verbänden.

Während der Verhandlungen über den Annan-Plan im Frühjahr 2004 vertraten Talat und Serdar Denktaş den Präsidenten in der dritten und letzten Verhandlungsphase im schweizerischen Bürgenstock. Mit seinem Verzicht auf eine persönliche Teilnahme an den Gesprächen behielt sich Rauf Denktaş die Möglichkeit vor, im Vorfeld des Referendums gegen das Verhandlungsergebnis aufzutreten. Gegen die leidenschaftliche, von den türkeiorientierten Nationalisten unterstützte »Nein«-Kampagne setzte Talat eine wirkungsvolle »Evet«(Ja)-Kampagne für eine Annahme des Annan-Plans. Serdar Denktaş hingegen hatte vor dem Referendum eine neutrale Position eingenommen und lediglich erklärt, persönlich gegen eine Lösung stimmen zu wollen. Zwar gaben mehrere Faktoren den Ausschlag für das mit 65 Prozent klare Ja der Zyperntürken zum Annan-Plan, doch hatte Talats Kampagne einen erheblichen Einfluß auf das Abstimmungsergebnis. Das mit 75 Prozent noch deutlichere Nein der zyperngriechischen Seite ließ ihn dennoch sein erklärtes Regierungsziel verfehlen – am 1. Mai 2004 trat ein geteiltes Zypern der EU bei.

Bereits kurz nach dem Referendum, im Mai 2004, verlor die Regierung Talat ihre Mehrheit im Parlament, da mehrere Abgeordnete die Koalition verließen. Zwar überstand der Premierminister ein von der UBP initiiertes Mißtrauensvotum, trat aber

dennoch im Oktober 2004 zurück mit dem Vorsatz, die parlamentarische Basis für seine Politik durch Neuwahlen zu vergrößern. Tatsächlich verzeichnete Talats CTP bei den Wahlen vom 20. Februar 2005 Stimmen-gewinne von etwa neun Prozentpunkten. Zwar ging dieser Stimmenzuwachs wohl in erster Linie auf Kosten der zweiten Reform-partei BDH, doch die 44 Prozent für Talats Partei unterstrichen, daß die Zyperntürken nach wie vor eine Konfliktlösung unterstützen, die auf dem Annan-Plan beruht. Da Talat mit 24 von 50 Parlamentssitzen die angestrebte absolute Mehrheit knapp verfehlte, kam es zu einer Wiederauflage der Koalition mit der DP von Serdar Denktaş, die 6 Sitze erringen konnte, so daß die Regierung im Parlament nun über eine solide Mehrheit von 30 Sitzen verfügt.

Schon im September 2004 hatte Mehmet Ali Talat allerdings angekündigt, bei den im April 2005 turnusmäßig anstehenden Wahlen für das Amt des Präsidenten kandidieren zu wollen, falls bis dahin keine sichtbaren Fortschritte bei der Lösung des Konflikts erzielt worden seien. Präsident Rauf Denktaş hatte bereits im Mai 2004 als Konsequenz auf das klare Scheitern seiner »Nein«-Kampagne im Referendum seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur erklärt.

Denktaş' Rückzug war eine kluge Entscheidung, denn für den Fall einer erneuten Kandidatur wurde ihm eine klare Niederlage prognostiziert. Damit war für Talat der Weg frei, vom Regierungschef zum Volksgruppenführer aufzusteigen. Talat strebte das Präsidentenamt in der Überzeugung an, nur in dieser Position als unangefochtener Verhandlungsführer des Inselnordens auftreten zu können.

Um wie Rauf Denktaş im sonst eher symbolischen Amt des Präsidenten als Verhandlungschef agieren zu können, bedarf Talat neben der im Wahlergebnis vom 17. April ausgedrückten Unterstützung der Bürger aber auch des Rückhalts im Parlament. Dort jedoch wird er nach wie vor auf den Widerstand der bisherigen Denktaş-Gefolgs-parteien treffen. Da Serdar Denktaş wie sein

Vater die Kandidatur Talats nicht befürwortet hatte, könnte sich selbst die Unterstützung aus der Mitte der Regierungskoalition heraus schwierig gestalten. Mit dem Wechsel Talats ins Präsidentenamt muß nun ein neuer Premierminister ernannt werden. Dafür werden dem Generalsekretär der CTP, Ferdi Sabit Soyer, die besten Aussichten eingeräumt.

Die Haltung der wesentlichen Akteure

Talats Hauptaufgabe wird jedoch darin bestehen, in absehbarer Zeit eine neue erfolgversprechende Initiative zur Lösung des Zypernproblems zu ergreifen. Dafür ist er jedoch nicht nur auf die Unterstützung der eigenen Bevölkerung angewiesen, sondern mindestens im gleichen Maß auf das Entgegenkommen der anderen für eine Lösung unentbehrlichen Akteure auf der Insel und in der internationalen Staatengemeinschaft. Ein kurzer Blick auf deren gegenwärtige Haltung zum Zypernkonflikt zeigt, daß Talat vor keiner leichten Aufgabe steht.

Warum die Zyperngriechen den Annan-Plan ablehnten

Von der internationalen Gemeinschaft als bestmöglicher Plan zur Lösung des Problems befunden, stieß der Annan-Plan in seiner fünften, vom UN-Generalsekretär in den letzten Einzelheiten selbst festgelegten Version (Annan V) in dem nach Volksgruppen getrennt abgehaltenen Referendum vom 24. April 2004 auf die deutliche Ablehnung der Zyperngriechen. Viereinhalb Jahre der Verhandlungen und der Arbeit am Lösungskonzept waren damit vorerst hinfällig.

Daß die Inselgriechen den Annan-Plan ablehnten, erklärt sich zuvorderst daraus, daß sie im Gegensatz zu ihren türkischen »Nachbarn« keinem besonderen Druck zur Lösungsfindung ausgesetzt waren. Bereits im Dezember 1999 hatte der Europäische Rat von Helsinki die Voraussetzung fallengelassen, daß der Konflikt vor dem Beitritt

gelöst sein müßte. Mit der Fortdauer des Status quo drohten der zyperngriechischen Seite somit keine entscheidenden Nachteile. Die durch eine Lösung erzielbaren Gewinne in Form von Landrückgabe, Rück-siedelung und Entschädigung konnten die erwarteten Verluste, angefangen bei der Machtteilung zwischen zwei politisch gleichwertigen Gemeinschaften, nicht aufwiegen.

Tassos Papadopoulos, der Präsident der Republik Zypern und entschiedene Gegner des Annan-Plans, hatte sich besonders darüber beklagt, daß sich alle Anregungen der Zyperntürken im Annan-Plan niedergeschlagen hätten, während viele Anliegen, die für seine Volksgruppe wichtig sind, außer acht gelassen worden seien. In seinem Brief an Annan vom 7. Juni letzten Jahres, in dem er dem Generalsekretär die Ablehnung des Plans beschied, identifizierte Papadopoulos die größten Mängel des Lösungskonzepts im Sicherheitsbereich. Der dauerhafte Verbleib einer Maximalzahl von 650 türkischen Soldaten auf der Insel und der Fortbestand des Interventionsrechts der Garantiemacht Türkei stellten für den Präsidenten – und, wie Umfragen zeigten, auch für die Mehrheit seiner Landsleute – inakzeptable Bedingungen dar. Auch die in dem Plan vorgesehene Zahl der auf Zypern verbleibenden türkischen Siedler erschien vielen Zyperngriechen als zu hoch und nicht hinnehmbar. Zwar entbehren die meisten Bedenken im Sicherheitsbereich einer realen Grundlage, sie müssen aber psychologisch, als Folge des 1974 entstandenen »Invasionstraumas« der Zyperngriechen erklärt werden.

Gemäß dem Annan-Plan hätten die Inselgriechen ihre Verpflichtungen, wie etwa die Aufgabe der alleinigen Souveränität über die Insel, im Gegensatz zur türkischen Seite sofort erfüllen müssen. Die Umsetzung der Beiträge der Zyperntürken zur Wiedervereinigung – wie etwa die Truppenreduktion oder die Rückgabe zyperngriechischen Eigentums im Inselnorden – hätte sich dagegen über mehrere Jahre hingezogen. Ebendiese Implementation der

zyperntürkischen Verpflichtungen schien Papadopoulos nicht gesichert, und das Risiko, vom guten Willen der Verantwortlichen des Nordens abzuhängen, wollte er nicht eingehen. Das Nein der Zyperngriechen begründet sich weiterhin damit, daß sie den Hauptteil der finanziellen Last der Wiedervereinigung mit dem wirtschaftlich deutlich schwächeren Norden zu tragen gehabt hätten. Die von Papadopoulos geleitete und laut Annan mit Fehlinformationen über den Lösungsplan gespickte Negativkampagne schürte unter den Zyperngriechen Unsicherheit und Besorgnis über die Folgen einer Wiedervereinigung, was letztlich zur Ablehnung des Annan-Plans führte.

Wollen die Zyperngriechen einen neuen Anlauf? Zu welchen Bedingungen?

Zwar beteuert Papadopoulos stets, er lehne nicht generell eine Lösung des Konflikts, sondern nur den speziellen, im letzten Jahr zur Abstimmung vorgelegten Plan zur Wiedervereinigung der Insel ab; seinen Worten läßt der zyperngriechische »Hardliner« jedoch bislang keine Taten folgen. So ist er der im Februar geäußerten Bitte Annans, seine Änderungswünsche im Detail schriftlich zu präzisieren, noch nicht nachgekommen. Papadopoulos vertritt den Standpunkt, seine Forderungen seien mit dem Brief vom 7. Juni 2004 ausreichend deutlich artikuliert. Annans Aufforderung, sie zu spezifizieren, wertet er als Versuch, die zyperngriechische Verhandlungsposition im Vorfeld zu schwächen. Ein ernsthaftes Interesse an einer Lösung ist daher bei Papadopoulos momentan nicht erkennbar. In jedem Fall will die zyperngriechische Seite keinem neuen Anlauf zustimmen, bevor Ankara im Zuge seines Beitrittsprozesses nicht das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsvertrag von 1964 unterzeichnet hat. Doch kann auch dann nur ein deutlich zugunsten des Inselsüdens revidierter Annan-Plan zur Grundlage einer neuen Verhandlungsrunde werden.

Ferner hat die Regierung Papadopoulos wiederholt erklärt, daß ein neuer Anlauf

nicht wieder mit einer Schiedskompetenz des UN-Generalsekretärs verknüpft werden dürfe. Eine Lösung müsse in allen Einzelheiten das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den beiden Parteien auf Zypern sein. Die Zyperngriechen scheinen eine Lösung im EU-Rahmen zu präferieren, in jedem Fall aber eine, der die EU-Grundsätze deutlich zugrunde liegen. Das erscheint jedoch kaum möglich, da die Union nach der Aufnahme Zyperns nicht länger als neutraler Vermittler agieren kann.

Allerdings lehnen Umfragen zufolge nur 25 Prozent der zyperngriechischen Bevölkerung die Wiedervereinigung generell ab. Diese Zahl läßt vermuten, daß eine Lösung des Konflikts zu anderen Bedingungen Akzeptanz finden könnte. Nach einer Studie des Zypern-Experten Alexandros Lordos haben die Bürger drei Hauptforderungen: den vollständigen Abzug der türkischen Truppen, eine gerechtere Verteilung der durch die Wiedervereinigung entstehenden Kosten und den Wegzug einer größeren Zahl türkischer Siedler, als bisher vorgesehen, von der Insel. Damit deckt sich die Haltung der Zyperngriechen weitgehend mit der ihrer politischen Führung.

Haupthindernis für eine größere zyperngriechische Beweglichkeit ist nach wie vor der fehlende Anreiz, eine Lösung zu erzielen. Zwar ist der »Schwarze Peter« des Einigungsblockierers im letzten April von Rauf Denktaş zu seinem zyperngriechischen Amtskollegen gewandert, doch ist der dadurch entstandene Druck der Internationalen Gemeinschaft und der EU-Partnerländer auf Nikosia noch nicht groß genug, um die ernsthaft auf eine Einigung zustrebenden Vertreter der Republik Zypern an den Verhandlungstisch zurückzubringen. Vor allem sieht sich Papadopoulos in seiner Haltung durch Rußland gestützt, das im UN-Sicherheitsrat jede Lockerung der offiziellen internationalen Position blockiert. Offensichtlich sieht Moskau – in Fortsetzung der traditionellen sowjetischen Zypernpolitik – im Weiterschwelen des Konflikts und der daraus resultierenden Unsicherheit der Lage im östlichen Mittel-

meer einen willkommenen Störfaktor zur Schwächung der westlichen Position in dieser für die internationale Entwicklung außerordentlich bedeutsamen Großregion.

Die Zyperntürken: Zwischen dem Wunsch nach Anerkennung und dem Drängen auf eine Lösung

Anders ist die Lage im Norden. Talat drängt nach wie vor auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen im UN-Rahmen. Sein Außenminister Denктаş folgt ihm in dieser Position, bezeichnet jedoch auch eine völkerrechtliche Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern als gangbare Alternative zur Wiedervereinigung. Diese Vorstellung ist jedoch utopisch. Trotz der internationalen Belobigung der Gemeinschaft der Nordzyprer nach deren Zustimmung zum Annan-Plan schließen sowohl der UN-Generalsekretär als auch Vertreter der EU eine völkerrechtliche Anerkennung aus. Daran werden auch die verbale Aufwertung der Gemeinschaft zum »türkisch-zyprischen Staat« von Seiten der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) und das Bemühen der EU und der USA, die wirtschaftliche Isolation des Inselnordens zu beenden, nichts ändern. Eine realistische Grundlage zum Aufbau eines unabhängigen Staates in Nordzypern ist nach wie vor nicht gegeben.

Die Regierung Talat/Denктаş hat wiederholt Bereitschaft signalisiert, den Forderungen des Inselnsüdens entgegenzukommen. Auch die Bevölkerung des Nordens würde laut Umfragen Konzessionen gegenüber den Zyperngriechen mittragen. Jedoch fehlen bislang jegliche Äußerungen der Regierung zur möglichen Substanz der erwogenen Zugeständnisse. Diese würden jedoch zum einen die Ernsthaftigkeit der Lösungsbemühungen unterstreichen und zum anderen dem Inselnsüden deutlich machen, inwiefern eine Revision des Annan-Plans zu seinen Gunsten ausfallen könnte. Allerdings ist der Status der politischen Gleichheit der Zyperntürken in einem vereinigten Zypern auch für Talat kein Punkt, bei dem Zugeständnisse denkbar sind.

Auch einseitige Schritte zur Umsetzung von »Annan V«-Bestimmungen, wie etwa der Beginn des türkischen Truppenrückzugs oder die Einleitung von Umsiedlungen im Norden aus jenen Gebieten, die nach dem Plan an die Zyperngriechen zurückfallen sollen, würden die Glaubwürdigkeit der Zyperntürken untermauern. Doch bergen solche unilateralen Aktionen für die zyperntürkische Seite das Risiko, daß sie ihre Verhandlungsposition damit möglicherweise unwiederbringlich schwächt, falls es nicht binnen kurzem zu einer Lösung kommt.

Die zögernde Haltung Annans

Eine Lösung des Zypernkonflikts, so scheint es, kann ausschließlich unter dem Schirm der Vereinten Nationen erzielt werden. Doch Kofi Annan zögert, was die Wiederaufnahme der Verhandlungen angeht, da mit dem Referendum am 24. April 2004 nicht nur das bislang detaillierteste Lösungskonzept, sondern auch beträchtliches persönliches Prestige des UN-Generalsekretärs auf dem Spiel stand. Ein nochmaliges Scheitern seines Engagements will Annan nicht riskieren. Solange er von beiden Konfliktparteien keine Signale ernsthafter Verhandlungsbereitschaft erhält, wird er daher keine neue Runde initiieren. Berechtigte Aussicht auf den Erfolg eines neuen Lösungsversuchs sieht er außerdem nur, wenn der Prozeß nachhaltig durch die Internationale Gemeinschaft unterstützt wird. Und ebendiese Unterstützung ist wegen der Blockade im Sicherheitsrat nicht gegeben.

Die Haltung der »Mutterländer«

Mit dem Ja der Zyperntürken zum Annan-Plan wurde zwar eine entscheidende Hürde für die Zustimmung der EU zum Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus dem Weg geräumt, für Ankara hängt jedoch über dem weiteren Annäherungsprozeß noch immer das Damoklesschwert »Zypern«. Die türkische Motivation zur Lö-

sung des Konflikts speist sich darüber hinaus aus der berechtigten Furcht vor einer andernfalls zu erwartenden Flut von Entschädigungsklagen enteigneter Zyperngriechen. Den Klägern steht der direkte Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte offen und es ist zu erwarten, daß den Klagen nach dem Muster des Loizidou-Prozesses stattgegeben wird. Als »Besitzerin« des Inselnordens mußte die Türkei aufgrund eines EGMR-Urteils die Zyperngriechin Titina Loizidou mit 1,1 Millionen Euro für ihr verlorenes Eigentum entschädigen. Ministerpräsident Erdoğan möchte ferner auch deshalb eine schnelle Lösung, weil er hofft, die von vielen politischen Kreisen in der Türkei als Niederlage aufgefaßte, nunmehr zugesicherte Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zur Ausdehnung des Assoziierungsvertrags auf alle zehn neuen EU-Mitglieder mit einem Erfolg in der Zypernfrage aufwiegen zu können. Doch auch Erdoğan's Drängen auf eine Rückkehr an den Verhandlungstisch wird bislang nicht von substantiellen Aussagen zu möglichen türkischen Zugeständnissen gegenüber den Zyperngriechen begleitet. Irritierend wirkt darüber hinaus, daß Ankara weiterhin grünes Licht zur Ansiedlung neuer Festlandtürken auf der Insel gibt.

Nach ihrem vorsichtigen Ja zu »Annan V« im vergangenen Jahr strebt die griechische Regierung unter Premierminister Kostas Karamanlis weiter eine Lösung an, die auf diesem Plan basiert. Für Griechenland ist es unmöglich, dieselbe rigide Position wie Papadopoulos zu vertreten, da es damit die in den letzten Jahren stark verbesserten Beziehungen zu Ankara gefährden würde. Besonderer Einsatz für eine Lösung ist jedoch auch von Athen nicht zu erwarten, da man dort die Lösung des Konflikts von Nikosia erwartet und wie die Inselgriechen bei einer Fortdauer des Status quo keine ersichtlichen Nachteile erführe. Andererseits dürfte jedoch auch in Athen die Einsicht vorherrschen, daß es schwer werden wird, die bilateralen Konfliktpunkte mit der Türkei ohne eine Lösung des Zypernproblems dauerhaft zu bereinigen.

Die Rolle der EU

Eine aktive Mediatorenrolle für die EU im Zypernkonflikt ist ausgeschlossen, da eine der Konfliktparteien Mitglied der Union ist. Wenngleich sie im Einigungsprozeß keine institutionelle Rolle übernehmen kann, bemüht sich die EU doch, die Entwicklung hin zu einer Lösung zu unterstützen. Sie möchte die wirtschaftliche Isolation des Nordens lindern und damit das wirtschaftliche Gefälle zwischen den beiden Inselteilen verringern. Dadurch würden die Chancen auf eine Einigung erhöht. Doch die Versprechen des ehemaligen EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen, Finanzhilfen in Höhe von 259 Millionen Euro zu gewähren und Direkthandel mit dem Norden zu ermöglichen, wurden bislang wegen des Widerstands der Zyperngriechen im Ministerrat der EU nicht eingelöst. Die Regierung Papadopoulos stemmt sich besonders gegen den Direkthandel, von dem sie den Anfang einer schleichen oder gar offenen Anerkennung der TRNZ befürchtet. Für die Finanzhilfe hat Nikosia in der EU so viele restriktive Bedingungen durchgesetzt, daß diese für die Zyperntürken losgelöst vom Direkthandel nicht attraktiv und akzeptabel erscheint.

Bis heute wurde nur die »Grüne-Linie-Regelung« umgesetzt, die die Einfuhr von Waren aus dem Norden in den Südtteil der Insel ermöglicht. Für den Weiterexport nordzyprischer Waren aus dem Südtteil der Insel ist jedoch die Mitwirkung der zyperngriechischen Behörden notwendig. In dieser Hinsicht ist die Regelung für den Inselnorden kein großer Gewinn, da sie eine starke Abhängigkeit vom Wohlwollen des Südens impliziert. Für eine Vielzahl von nordzyprischen Bürgern, die im Südtteil Beschäftigung gefunden haben, bringt sie allerdings erkennbare Vorteile.

Das Ausbleiben der angekündigten Hilfen weckt den Unmut der Zyperntürken. Bei der Kontroverse um die EU-Richtlinien ist deutlich geworden, daß die Union nunmehr nur als Geisel Zyperns auftreten kann und somit nicht Vermittler, sondern eher Teil des Konflikts ist. Im Ministerrat sind

die Vertreter der 24 weiteren Mitgliedstaaten bei grundlegenden Entscheidungen, die Zypern betreffen, von der Konzessionsbereitschaft der Republik abhängig. Diese unglückliche Lage der EU wirkt sich auch negativ auf den Prozeß des türkischen EU-Beitritts aus.

Zypern als Stolperstein auf dem Weg der Türkei in die EU

Der Streit um die Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei war der Knackpunkt der Verhandlungen im Vorfeld und während des Brüsseler Europäischen Rates vom 16. und 17. Dezember 2004. Zwar gab sich Papadopoulos vorerst damit zufrieden, daß Ankara als Bedingung für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen *nur* das Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen unterzeichnen müsse, doch ermöglicht die offene Formulierung der Schlußerklärung des Gipfels eine Vielzahl von Interpretationen und enthält damit weiteres Potential für Auseinandersetzungen. Während nach Meinung Papadopoulos' damit zumindest die implizite Anerkennung Zyperns durch die Türkei zum Ausdruck kommt, wird eine solche von Erdoğan nach wie vor strikt ausgeschlossen. Die EU-Kommission bezeichnet die Unterzeichnung nicht als formale Anerkennung, versteht sie jedoch auch als implizites De-facto-Anerkenntnis der Existenz der Republik Zypern. Nach wochenlangen Verhandlungen einigte man sich Ende März zwischen Ankara und Brüssel auf den genauen Wortlaut des Protokolls. Dennoch wird die Unterzeichnung des Dokuments zumindest bis Juli 2005 auf sich warten lassen, da zunächst die Zustimmung des türkischen Parlaments erfolgen muß. Diese gilt als nicht gesichert und wird einige Zeit beanspruchen.

Zwar verzichtete Papadopoulos im Dezember darauf, die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an weitere Bedingungen zu knüpfen, doch wird er nicht müde, seine im Vorfeld des Gipfels vorgebrachten Anliegen stets von neuem

auf den Tisch zu legen. Seine über die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls hinausreichenden Hauptforderungen waren und sind die völkerrechtliche Anerkennung Zyperns durch die Türkei, die Öffnung türkischer Häfen und Flughäfen für zyperngriechisch geflaggte Schiffe und Flugzeuge sowie die Beendigung des Ausschlusses Zyperns von verschiedenen transatlantischen Prozessen und Institutionen, in denen die Türkei eine Blockadehaltung einnimmt.

Außerdem drohte der zyperngriechische Präsident der Türkei unmittelbar nach dem Gipfel mit den vielfachen Vetomöglichkeiten, die Nikosia im Verhandlungsprozeß gegeben sind und von denen es mit Verweis auf den andauernden Stillstand der Lage auf der Insel Gebrauch machen könnte. Erster Anlaß könnte der Streit über die vollständige Implementierung des Zusatzprotokolls sein, wozu laut EU-Kommission auch die erwähnte Aufhebung der Sperrung türkischer Häfen und Flughäfen gehört. Die Türkei weist diese Interpretation des Protokolls bislang strikt zurück. Ein solches Veto fände auch die Zustimmung der zyperngriechischen Bevölkerung, die den EU-Beitritt der Türkei mehrheitlich ablehnt. Daß ihr Präsident in Brüssel nur die Anpassung des Ankara-Protokolls erzielen konnte, wurde in Teilen der Bevölkerung als Niederlage aufgefaßt.

Die Drohgebärden Papadopoulos' und die starre Haltung der Türkei in sensiblen Bereichen lassen erwarten, daß die Beitrittsverhandlungen von Zypern verzögert oder gar blockiert werden, solange der Konflikt auf der Insel ungelöst bleibt. Wie im Falle der wirtschaftlichen Hilfen für den Norden der Insel wird der Handlungsrahmen der EU gegenüber Ankara dabei von der Konzessionsbereitschaft der griechisch-zyprischen Seite begrenzt. Für die Türkei ist es darüber hinaus ein Problem, daß wegen des Zypernkonflikts für sie die Übernahme bestimmter Teile des EU-Gemeinschaftsrechts nicht realisierbar ist. So ist etwa eine vollständige Übernahme des Besitzstands im Bereich Verkehr mit dem bereits erwähnten umstrittenen Embargo gegen

zyperngriechische Schiffe und Flugzeuge nicht vereinbar.

Letztlich ist es nicht vorstellbar, daß die Türkei EU-Mitglied werden kann, solange der Status quo auf der Insel fort dauert. Daher wird während des Beitrittsprozesses eine Lösung gefunden werden *müssen*. Die zyperngriechische Seite wird dabei ihre neue, stärkere Position als EU-Mitglied vermutlich nutzen, um ein weitgehend ihren Vorstellungen entsprechendes Resultat durchzusetzen. Die Bereitschaft der Türkei zu Zugeständnissen wird davon abhängen, nach welcher Zeit Präsident Papadopoulos dem Drängen Erdoğan's auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nachgeben wird: Wenn Papadopoulos sich noch längere Zeit sperrt, könnte auch Erdoğan wieder in eine rigidere Position zurückfallen und dann zunächst nur zu geringem Entgegenkommen bereit sein.

Fazit

Mit Talat's Übernahme des Präsidentenamts wird sich in Nordzypern der Antagonismus der politischen Kräfte zwischen Gegnern und Befürwortern einer Wiedervereinigung entschärfen, da Präsident und Regierung vorwiegend an einem Strang ziehen werden. Gleichwohl werden nationalistische Kräfte auch weiterhin gegen den Wiedervereinigungskurs von Präsident Talat ankämpfen, möglicherweise gar mit Rauf Denktaş als Galionsfigur. Dieser hat bereits angekündigt, sich auch künftig in der Politik zu Wort melden zu wollen. Somit werden Teile des Parlaments den Kurs des neuen Präsidenten nicht mittragen. Positiv auf die Verhandlungsposition Talat's wird sich aber auswirken, daß er im Einvernehmen mit der türkischen Regierung handeln kann.

Solange jedoch Talat nicht mit substantiellen Zugeständnissen an die Zyperngriechen herantritt, werden diese nicht zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sein. Papadopoulos drängt nichts dazu, schnell zu einer Lösung zu kommen. Vielmehr wird er den Lösungsprozeß hin-

auszögern, bis er im Zuge der türkischen EU-Beitrittsverhandlungen einen geeigneten Zeitpunkt findet, zu dem er der zyperntürkischen Seite einen weitgehend seinen Vorstellungen entsprechenden Deal abnötigen kann.

Der Lösungsprozeß könnte nur dadurch beschleunigt werden, daß sich der internationale Druck auf die zyperngriechische Seite massiv erhöht. Die Karten müßten aber auch dann neu gemischt werden, wenn Rußland seine Unterstützung für den Kurs Papadopoulos' aufgeben würde. Dazu müßte Moskau sein Veto gegen die Sicherheitsratsresolution aufgeben, mit der der Abschlußbericht des UN-Generalsekretärs über seine »Gute-Dienste-Mission« auf Zypern (Dokument S/2004/437) zustimmend zur Kenntnis genommen wird. Eine Unterstützung der Resolution durch Rußland würde zu einer entscheidenden Veränderung in der Haltung der Vereinten Nationen zum Zypernproblem führen und die Beendigung der Isolierung des Inselnordens erheblich erleichtern, ohne daß damit die Schwelle einer Anerkennung überschritten würde.

Von seiten Putins gab es in den letzten Monaten Signale dahingehend, daß die russische Position überdacht werden könnte. Vermutlich wird sich der russische Präsident jedoch nur bewegen, wenn er von den stärksten Befürwortern einer Konfliktlösung entschieden dazu gedrängt würde. Bislang ist jedoch nicht zu erkennen, daß sich die USA oder Großbritannien oder die EU oder Deutschland in dieser Frage gegenüber Moskau besonders exponieren wollen.

Solange sich aber die Vorzeichen für eine Konfliktlösung nicht entscheidend ändern, bleibt der Verhandlungstisch leer und auch ein zum Präsidenten aufgestiegener Wiedervereinigungsverfechter Talat wird keine Lösung des Konflikts erreichen können. Die Hängepartie geht also weiter.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364